



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 40. Ratssitzung vom 8. März 2023

1485. 2022/592

**Postulat von Anna Graff (SP) und Severin Meier (SP) vom 23.11.2022:  
Aufbau und Betrieb eines oder mehrerer Logistikhubs zur Zwischenlagerung von  
Lieferungen bis zur Feinverteilung mit Lastenvelos auf der letzten Meile**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

**Anna Graff (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1001/2022): Gütertransporte gehören zu den wichtigsten Gründen, wieso schwere Nutzfahrzeuge in Zürich unterwegs sind. Diese Fahrzeuge sind besonders klimaschädlich und belasten die Luftqualität stärker als andere Fahrzeuge. Zudem sind sie gefährlich für andere Verkehrsteilnehmende. Deswegen ist eine stadtverträgliche Gütertransportstrategie, die Lösungen für eine Beschränkung des Verkehrs von Schwernutzfahrzeugen vorantreiben soll, ein erstrebenswertes Ziel. Wir schlagen mit diesem Postulat die Prüfung vor, wie Aufbau und Betrieb eines oder mehrerer Logistikhubs unterstützt werden können. Diese sollen an einer geeigneten Stelle, wie beispielsweise an einer Transporteinfahrtsachse am Stadtrand, geplant werden. Dort werden die Liefergüter bis zu einer geeigneten Grösse zwischengelagert. Die letzten Meilen in der Stadt werden mit Cargo-Bikes oder Cargo-E-Bikes überwunden. So soll der schwere, stadunfreundliche Gütertransportverkehr am Stadtrand abgefangen werden. Die Endbelieferung in die Quartiere wird optimiert und gebündelt, um den Transport effizienter zu gestalten. Weiter soll die letzte Meile möglichst stadt- und quartierfreundlich mit klimaverträglichen Fahrzeugen erfolgen. Wie viele Hubs entstehen sollen, bleibt offen, um die beste Möglichkeit für eine Stadt wie Zürich zu finden. Es soll ebenfalls geprüft werden, ob private, bereits bestehende Angebote unterstützt oder ob ein städtisches Angebot geschaffen werden soll.

**Benedikt Gerth (Die Mitte)** begründet den von Karin Weyermann (Die Mitte) namens der Die Mitte/EVP-Fraktion am 7. Dezember 2022 gestellten Ablehnungsantrag: Die im Postulat gestellte Forderung nach einem Angebot von Logistikdiensten sehen wir nicht als städtische Aufgabe. In Lausanne wird das zwar bereits gemacht, doch laut Abklärungen wurde es von privater Seite lanciert. Warum sollte die Stadt besser als Private wissen, wie und wo Logistikdienste am besten und effizientesten durchgeführt werden können? Mittelfristig sehen wir, dass Private dieses Anliegen umsetzen werden. Für die Nutzung der öffentlichen Infrastruktur bezahlen Velos keine direkten Gebühren. Versicherungsanliegen sind bei Velounfällen kompliziert, seit es keine direkten Nummerierungen mehr gibt. Deswegen lehnen wir das Postulat ab.



Weitere Wortmeldungen:

**Johann Widmer (SVP):** Die Logistik der Grossverteiler, damit die Regale in Zürich jeden Tag voll sind, ist höchst kompliziert und gut durchdacht. Klimaanliegen werden dabei mit E-Lastwagen umgesetzt. Wenn die Forderung umgesetzt wird, würde die Stadt zur öden Kauflandschaft, da die Ketten nicht mehr funktionieren und die Leute ihre Einkäufe mit dem Auto ausserhalb der Stadt tätigen würden. Das Postulat ist schädlich, unnötig und keine Staatsaufgabe.

**Sven Sobernheim (GLP):** Der Stadtrat verfasste bereits Konzepte und führte Forschungen zu diesem Thema durch. Auch im kommunalen Richtplan wurde Ähnliches diskutiert. Anstatt dem Stadtrat dasselbe nochmals zur Prüfung vorzulegen, wäre es sinnvoller, sich auf die Lage der Standorte zu konzentrieren und ein konkretes Konzept zu erarbeiten. Dieselbe Forderung zweimal ist nicht sinnvoll, darum lehnen wir das Postulat ab.

**Martina Zürcher (FDP):** Cargo-Velos und ähnliches haben Potential, doch die ganze Logistik der Stadt auf der letzten Meile grossflächig mit Lastenvelos vornehmen zu wollen, ist illusorisch. Das Ladevolumen von Lastenvelos ist im Vergleich zu Lastwagen viel kleiner. Das bedeutet, dass es für dieselbe Transportmenge mehr Personen braucht, die die Güter transportieren, was deren Preis erhöht. Für eine emissionsarme Feinverteilung braucht es grössere Fahrzeuge, wobei sich Elektrifizierung und andere alternative Antriebsformen anbieten. Staatliche Logistik hubs zu fordern, ist der falsche Weg und darum lehnt die FDP das Postulat ab.

**Michael Schmid (AL):** Die AL-Fraktion ist dem Antrag wohlgesonnen. Aktuell herrscht ein Logistikproblem in der Stadt. Dabei meine ich nicht die Grossverteiler, sondern die Belieferung der kleinen Betriebe. Sie beziehen ihre Güter von verschiedenen Händlern, die alle ihre Waren separat verteilen. Hier gibt es ein ökologisches und ökonomisches Steigerungspotential. Der Staat muss bei Logistik hubs nicht sämtliche Aufgaben übernehmen, doch es besteht die Möglichkeit, deren Entwicklung massiv zu beschleunigen und zu unterstützen. Natürlich muss diese Entwicklung integriert vorstättengehen. Hier besteht ein Zusammenhang mit dem Verkehrsrichtplan. Solche Postulate fordern die Verwaltung auf zu überlegen, wie man zum städtischen Zielbild kommt.

**Derek Richter (SVP):** Das Postulat zeigt Ihre Unkenntnis urbaner Güterlogistik. Welche Güter hier gemeint sind, ist unklar. Wegen der städtischen Topographie und des zu transportierenden Volumens kann nicht alles mit Lastenvelos transportiert werden. Es wird ein starker Fachkräftemangel eintreten und Stau wird die Stadt lahmlegen. Bereits heute werden mehr und mehr Lastwagen vollelektrisch oder mit Wasserstoff betrieben. Die Feinverteilung wird sich zukünftig neu strukturieren, Stichwort «Cargo sous terrain». Frischwaren müssen aber gekühlt transportiert werden, was nicht mit Cargobikes geht. Solche Transporthubs gibt es von Privaten schon lange, deswegen ist der Vorstoss wirt. Logistik ist zu wichtig, um sie dem Staat zu überlassen. Dafür braucht es Private.



3 / 3

**Severin Meier (SP):** *Logistik sei laut Vorrednern keine staatliche Aufgabe. Ich bitte Sie, den Postulatstext genau zu lesen: «Zur Umsetzung können neue oder bestehende private Angebote unterstützt werden». Hier wird explizit vermerkt, dass das keine staatliche Aufgabe ist, sondern dass der Staat Unterstützung leisten kann, damit Private sich weiterentwickeln können. Das Anliegen ist hochkomplex, deswegen ist es ein offen formulierter Prüfungsauftrag.*

Das Postulat wird mit 57 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat